

# Sorauer Tageblatt

(Sorauer Wochenblatt)

Veröffentlichungsblatt des Magistrats der Kreisstadt Sorau N.-L.

Telefon Nr. 22 und 37

Telegramm: Sorauer Nachrichten

Postfach: Sorau Nr. 22

Alleiniges Publikations-Organ des Magistrats von Christianstadt a. B.

Giro-Konto bei der Reichsbank

**Arbeitsverträge:** Taglich außer an Sonn- und Feiertagen. — Bezugspreis: Bei Abholung in unleren Vertriebsstellen in Stadt und Land monatlich 2.— Reichsmark, im Wochenbezüge in unlerer Vertriebsstelle 50 Reichspennia, bei der Post abgeholt monatlich 2.— Reichsmark zuzüglich 30 Reichspennia Postgebühren, durch den Briefträger ins Haus gebracht 35 Reichspennia mehr. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstilllegung, Arbeitsentlassung oder Auswertung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des „Sorauer Tagesblattes“ oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Erfüllung- und Gerichtsamt ist Sorau N.-L.



## Heute Sport-Beilage

Nummer 58.

Montag, den 10. März 1930.

120. Jahrgang

### Der unumgängliche Vertrag.

Die Reichsregierung hat sich endlich entschlossen, Einigungen über den deutsch-polnischen Handelsvertrag mitzuteilen. Der Eindruck ist so unangenehm, daß er auch nicht dadurch gemildert wird, daß der Vertrag zunächst nur auf ein Jahr befristet werden soll.

Daß dieser Handelsvertrag kein Tarifvertrag ist, also keine Zollbindung kennt, kann unumgänglich als Gewinn für Deutschland gewertet werden. Und zwar deshalb nicht, weil die polnischen Zölle allgemein viel höher liegen als die deutschen Zölle. Die gegenseitige Meistbegünstigung ist ebenfalls kein Vorteil für Deutschland, zumal es so hingelegt wird, daß Deutschland zukünftig der Außenwieder des internationalen Handels mit Polen werden soll. Nun zeigt die Nachprüfung des polnischen Außenhandels, daß der größte Teil der Einfuhr und Ausfuhr Polens über die Seehäfen geht, wobei noch besonders anzumerken ist, daß das am stärksten nach Deutschland am polnischen Außenhandel beteiligte Land, nämlich Großbritannien, sicher nicht deutsche Schiffe für den Handel mit Polen heranziehen wird. Nicht einmal Desterreich brauchte den Umweg über Deutschland zu wählen. Die Fischschiffahrt kommt auch nicht in Frage, denn sie hat ja eine unmittelbare Grenze mit Polen, so daß höchstens der polnisch-italienische Warenhandel seinen Weg über Deutschland nehmen könnte. Aber der ist mengen- und wertmäßig so gering, daß es wirklich nicht zu verstehen ist, daß die offiziöse Darstellung diese Meistbegünstigung als einen Erfolg von größter Bedeutung für den deutschen Großhandel und die deutsche Seefahrt bezeichnet. Gerade wenn es sich um den internationalen Warenverkehr mit Polen handelt, wird kein Schiff ausgerechnet in deutschen Häfen anlaufen, um dann den langen Eisenbahnweg bis zur polnischen Grenze zu benutzen.

Völlig untragbar für Deutschland ist das Kohlenkontingent von 3,7 Millionen Tonnen. Es ist nicht üblich, daß bei Handelsverträgen Kontingente für Erzeugnisse zugelassen werden, die das damit bedachte Vertragsland selbst überreichlich hervorbringt. Das würde denn Polen gesagt haben, wenn die deutschen Unterhändler etwa ein deutsches Kohlenkontingent verlangt hätten, das sicher ebenso zweckmäßig wäre als umgekehrt das polnische Kohlenkontingent für Deutschland. Die Dinge liegen nicht so, daß es für Deutschland schlicht nicht darauf ankommt, drei oder vier Millionen Tonnen Kohlen mehr auf seinen Markt zu nehmen, nachdem ohnedies schon fünf Millionen Tonnen Kohlen auf die Halbinsel überflutet sind. Wenn Polen seinen Kohlenüberschuß in Deutschland zu dem selbsterzwungenen Zwangspreis loswerden kann, so erzielt es dadurch Gewinne, die es ihm möglich machen, die schwer erschlüßtere Ertragsfähigkeit seines Bergbaues wieder herzustellen. Das aber wird für Deutschland ganz anders Folgen haben als etwa nur die, daß Polen auch über die einjährige Frist hinaus Kohlen nach Deutschland liefert. Nebenfalls wird Polen alles daran setzen, sich über Jahr und Tag das Kohlenkontingent weiter zu sichern. Denn es hat immerhin die Gewähr, diese Mengen in Deutschland absetzen zu können, während die deutsche Industrie damit rechnen muß, daß die Polen die deutschen Waren in sich hinein

Nach gerechnet, werden die Polen aus dem für Deutschland bestimmten Kohlenkontingent 60 Millionen Mark ziehen, von denen sich mindestens 20 Millionen Mark als Galtewinn für Polen heften lassen. Nicht nur, der westberische Leisig und niederschlesische Bergbau wird durch die polnische Kohleneinfuhr gefährdet sein, auch das Ruhrgebiet wird an den Folgen zu tragen haben, sobald die Polen in verkehrter Form den Wettbewerb auf anderen Kohlenmärkten aufnehmen. Sie können das so sicher tun, als der Absatz ihrer Kohlen in Deutschland ihnen den Kampfsinn liefert und auffüllt. Das ist schon keine Wirtschaft- und Handelspolitik mehr, das ist ein Schlag gegen die deutsche Wirtschaft, der die empfindlichste Stelle trifft.

## Young-Plan ohne Finanzreform.

Keine Einigung bei den Kanzlerbesprechungen. — Entscheidung bei der Young-Abstimmung am Mittwoch.

Berlin, 10. März. (Eigene Meldung.) Der Reichskanzler hat am Sonntagmorgen noch einmal mit den Fraktionsführern verhandelt. Die Besprechung dauerte nur eine halbe Stunde und endete mit der Feststellung, daß eine Einigung nicht zu erzielen war.

Nicht nur von der Deutschen Volkspartei, sondern auch von den Sozialdemokraten und der Bayerischen Volkspartei wurden wieder sehr harte Vorbehalte gegen die Regierungsprojekte vorgebracht, ohne daß sich irgend welche Aussichten auf die Möglichkeit einer Verständigung zeigten. Unter diesen Umständen betrachtet der Reichskanzler seine Aktion als abgeschloffen.

Im Anschluß an die interfraktionellen Verhandlungen fand eine Ministerversammlung statt. Darin dürfte beraten worden sein, welche Schritte das Kabinett für die nächste Lage einzusetzen. Der Kanzler hat die Absicht, nun auf die Entscheidung über den Young-Plan zu drängen. Er hat sich damit einverstanden erklärt, daß die Abstimmung der zweiten Lesung auf Dienstag verschoben wird unter der Voraussetzung, daß

die Schulabstimmung unter allen Umständen am Mittwoch erfolgt.

Über dieses Programm sind sich die Parteien auch vollkommen einig, so daß eine weitere Verzögerung bis Donnerstag, von der gesprochen worden ist, nicht in Frage kommt.

Nach dem augenblicklichen Stand der Lage sieht das rein schematische Abstimmungsverhältnis folgendermaßen aus: Für den Young-Plan stimmen Sozialdemokraten mit 152 Mandaten, Deutsche Volkspartei mit 45 Mandaten. Das macht 197 Stimmen.

Enthaltungen: Zentrum 61, Demokraten 25, Bayerischen Volkspartei 17, gemäß 103 Stimmen. Gegen den Young-Plan: Deutschnationale 66, Kommunisten 54, Wirtschaftspartei 23, Christlich-nationale 21, Splittervereine 4, Nationalsozialisten 14. Das macht zusammen 192 Nein-Sager. Theoretisch würde der Young-Plan also eine kleine Mehrheit finden.

Am Reichstag rechnet man damit, daß sich die Verhältnisse bis Mittwoch vielleicht sogar noch zugunsten einer Mehrheit verschieben.

In der Presse ist auch bereits die Rede davon gewesen, daß die Folge des negativen Ausgangs der Kanzler-Verhandlungen die Auflösung des Reichstages sein könne. Es kann aber festgestellt werden, daß davon bisher

Wann Polen wirklich nicht weiß, wofür es mit seinem Kohlenüberschuß ist, so mag es das deutsche Beispiel nachahmen: Feierschichten einzulegen.

Ist das Kohlenkontingent ein Festschlag, so gilt dies erst recht für das Schweinekontingent. Abgesehen davon, daß die deutsche Landwirtschaft den Bedarf an Schweinen völlig deckt, ist das den Polen zugeordnete Kontingent sogar höher als die gesamte Einfuhr an lebenden und toten Schweinen im Jahre 1929. Es sind in diesem Jahre 140000 lebende Schweine eingeführt worden, während Polen zunächst 200000 Schweine liefern soll, eine Menge, die von achtzehnter Monat ab auf 275000 Stück steigen kann, um nach weiteren sechs Monaten sogar 350000 Stück zu erreichen. Mit dieser Einfuhr würde, rein handelspolitisch gesehen, jede Einfuhr aus Dänemark und den Niederlanden überflüssig werden, was uns mit Sicherheit Schwierigkeiten mit diesen Ländern schaffen wird, die bei Abschluß der Handelsverträge mit Deutschland gerade besonderen Wert auf die Einfuhr von Vieh nach Deutschland gelegt haben.

Im übrigen ist an keiner Stelle der offiziellen Darlegung zu entnehmen, welche tatsächlichen Vorteile Deutschland für die Einfuhr nach Polen zugestanden erhalten soll. Das ist ebenfalls. Denn Polen ist weder reich genug, um deutsche Fertigwaren in großen Mengen kaufen zu können, noch hat es die Mittel, dies zu tun, weil es mit aller Kraft dahin strebt, durch Drosselung der Einfuhr die Handelsbilanz aktiv zu gestalten. XX

weder in den interfraktionellen Besprechungen noch in den Kabinettsberatungen die Rede gewesen ist. In verantwörtlichen Kreisen sieht man in einer Auflösung auch keinen Fortschritt zugunsten einer tatsächlichen Arbeit. Denn der neue Reichstag würde durch die Radikalisierung seiner Fraktionen als Arbeitsfähigkeits erheblich einbüßen.

Die Entscheidung ist jetzt also für den kommenden Mittwoch zu erwarten. Es ist anzunehmen, daß der Kanzler vorher noch einmal im Reichstag sprechen wird. Dagegen ist nicht wahrheitsgemäß, daß er mit der Schulabstimmung über die Young-Gesetze in irgend einer Form eine Vertretungsfrage verbindet, die auf die Finanzfragen besonders Bezug nimmt. Ein solcher Entschluß würde nach der Auffassung parlamentarischer Kreise die Schwierigkeiten auch nur vergrößern, da die Volkspartei sich dann gezwungen sähe, ihre Minister aus dem Kabinett zurückzuziehen.

Es ist übrigens möglich, daß über die Finanzfragen jetzt noch zwischen den Fraktionen unter der Hand weiter verhandelt wird.

Im Reichstag vertritt sich jedoch auch hier von niemand eine Annäherung. Die Frage, was nach der Schulabstimmung über die Young-Gesetze werden wird, bleibt damit weiter vollkommen offen.

### Verhandlungen über ein Finanzprogramm der Weimarer Koalition.

Berlin, 10. März. (Eigene Meldung.) In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß die Parteien der Weimarer Koalition den Versuch machen werden, sich über ein neues Finanzprogramm zu einigen, das möglichst bereits am Dienstag der Deutschen Volkspartei vorgelegt werden soll. Die Deutsche Volkspartei würde sich dann zu entscheiden haben, ob sie dem Programm, evtl. mit kleinen Veränderungen, zustimmen wolle oder nicht.

Von führender volksparteilicher Seite wird uns hierzu erklärt, daß ihr ein solches Vor-

gehen in den heutigen Verhandlungen noch nicht angeknüpft worden sei, daß es aber eine klare Verfassung der parlamentarischen Situation bedeuten würde, da die Deutsche Volkspartei sich einem solchen Druck nicht beugen werde. Zunächst müßte man allerdings erst einmal abwarten, ob es den Parteien der Weimarer Koalition gelingt, eine Einigung unter sich herbeizuführen. Sollte sie zustande kommen und der neue Plan von der Deutschen Volkspartei abgelehnt werden, so würden sich die weiteren Konsequenzen von selbst ergeben.

Die Weimarer Koalition verliert im Reichstag über 238 Stimmen, die Opposition würde 254 Mandate haben. Träte die Bayerische Volkspartei zur Weimarer Koalition, so würde eine solche Regierung sich auf 255 Abgeordnete stützen können, denen eine Opposition von 237 Stimmen gegenüber stände.

### Fraktionsführungen.

Berlin, 10. März. (Radiobienst des „S. T.“) Im Reichstag versammelte sich am Montag früh die Zentrumsfraktion, um die durch das gestrige Scheitern der Parteiführerbesprechung geschaffene kritische Lage zu beraten. Eine Sitzung des Fraktionsvorstandes war vorhergegangen.

Mittags finden auch Fraktionsführungen der Deutschen Volkspartei und Demokraten statt, während sich Sozialdemokraten und Bayerische Volkspartei erst nach der Plenarsitzung des Reichstags versammeln.

Um 11 Uhr traten im Reichstagsgebäude Parteiführer der Sozialdemokraten, der Demokraten, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, ohne die der Deutschen Volkspartei, zu einer Besprechung zusammen.

Das Reichskabinett ist für 12 Uhr zu einer Sitzung einberufen.

## Frankreichs neue „Sicherungen“

Neue Schwierigkeiten auf der Londoner „Abrüstungskonferenz“

Paris, 9. März. Zu den gestrigen Besprechungen Briands in der Frage der Verstärkung der Sicherheitsgarantien schreibt der Korrespondent des „Matin“: Wenn Amerika die Gelegenheit der Flottenabrüstungskonferenz benutzen und durch Präsident Hoover erklären würde, daß es im Falle einer vom Völkerbund beschlossenen Kollektivsanktion mit den anderen Mächten in freundschaftlicher Weise sich beraten würde, oder wenn es eine Formel annehmen würde, die festsetzt, daß die fünf Seemächte sich eventuell dahin verständigen würden, den Krieg zu verhindern, dann würden die Bewegungen, die Großbritanniens gegen die erstärkte gegenseitigen Bestanden in Europa erhebt, in sich selbst zusammenstürzen. Sowohl bezüglich des Mittelmeeres als auch anderswo würden die Pakte, die den Frieden vollständig und endgültig gewährleisten, verwirklicht werden können, sobald die Vereinigten Staaten in dieser Weise ihre großbritanniische Haltung präzisieren hätten. Wenn die französischen Unterhändler von London oder von Washington derartige Erklärungen erhalten, und wenn sich der amerikanische Senat hierfür verbürgte, dann könnte die Welt rasch wieder aufatmen und von Sorgen befreit sein, die sie heute noch niederdrücken.

### Die Aufnahme in England.

London, 9. März. Die Sonntagspresse bestätigt, daß die augenblicklichen ersten Besprechungen zwischen den Delegationen Großbritanniens, Amerikas und Frankreichs die französische Forderung nach neuen politischen Sicherungen zum Gegenstand haben. Die Blätter beurteilen jedoch die Aussichten einer Lösung der Schwierigkeiten auf dieser Grundlage keineswegs optimistisch.

„Observer“ schreibt: Man kann sich nicht der Meinung entschlößen, daß der Erfolg oder Mißerfolg der Konferenz von Frankreich abhängt. Der diplomatische Korrespondent dieses Blattes führt dazu aus: Bei der Wiederaufnahme der Arbeiten der Flottenkonferenz machte sich wachsende Ungebuld bemerkbar. Viele Leute fragen, welcher Fortschritt nach sieben Wochen Konferenz aufzuweisen ist. In der letzten Lage auf der Konferenz ist noch keine wesentliche Veränderung eingetreten. In ähnlichen britischen Kreisen wird die Ansicht vertreten, daß es kaum befriedigend wäre, wenn die französische öffentliche Meinung sich der falschen Erwartung hingibt, daß Großbritannien irgendwelche weiteren Sicherheitsverpflichtungen als Vorbedingung zur Flottenvermittlung übernehmen würde.

London, 10. März. (Radiobienst des „S. T.“) Den Blättern zufolge werden heute die Haupter der britischen, amerikanischen und französischen Delegation gemeinsam das französische Verlangen nach einer politischen Sicherheitsvereinbarung erörtern.

„Daily Telegraph“ sagt in einem Leitartikel: Der vorgelegte Mittelmeerpakt ist für England lediglich ein Kriegsfall mit irischen Nebenarten als Ader. Das englische Volk würde nicht abgeneigt sein, in diesem Zusammenhang jede Verpflichtung einzugehen, an der sich die Vereinigten Staaten beteiligen würden. Darüber hinaus aber wird es nicht gehen.

### Zum Rücktritt Dr. Schachts.

Grundlag und Statistik. Unter diesen Spitznamen bringt die D. V. Z. einen sehr interessanten Originalartikel, der sich mit dem Rücktritt des Reichsbankpräsidenten, seinen Gründen und dem Eindruck im Ausland befaßt, und in dem es u. a. wie folgt heißt: „Es ist bekannt, daß das Ansehen des Reichsbankpräsidenten im Ausland, außerordentlich groß ist und daß seine Persönlichkeit in weiten Kreisen des Auslandes mit der erfolgreichsten